Spekulationen um Mudra-Kaserne

Polizeigewerkschaft sorgt sich um Standort der Bereitschaftspolizei am Rheinufer

VON SABINE MÜLLER

Bislang war sich Jens Mohrherr sicher: Kein hessischer Standort der Bereitschaftspolizei wird geschlossen. Das hat das Innenministerium dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft GdP zumindest immer wieder versichert - auch wenn es seit Februar 2007 die Zahl der Bereitschaftspolizei-Einheiten konsequent von 17 auf zehn dezimiert hat.

Jetzt aber zweifelt Mohrherr an den Zusagen von Innenminister Volker Bouffier (CDU). Anlass sind Presseberichte über den Architektenwettbewerb der Landeshauptstadt Wiesbaden zur geplanten Neugestaltung des Rheinufers in Amöneburg.

Vor kurzem wurden die prämierten Ergebnisse des Wettbewerbs der Öffentlichkeit präsentiert. Darunter ist auch ein Entwurf des Rotterdamer Ateliers Henk Döll. Das schlägt als zu realisierende Zukunftsvision für das Rheinufer einen Zusammenschluss von Amöneburg und Kastel vor - und zwar unter Einbeziehung der heutigen Mudra-Kaserne. Die soll zum neuen, gemeinsamen Stadtteilzentrum werden.

Möglich sei das, weil die hessische Bereitschaftspolizei ihren Wiesbadener Sitz "in den nächsten Jahren aufgeben wird". Das berichtet zumindest die Lokal-Zeitschrift "Der Biebricher" in einem begleitenden Artikel - zum Entsetzen der Gewerkschaft.

Zweifel an Stadt-Position

"Das hört sich doch schon sehr konkret an", schimpft Mohrherr. Schließlich gehöre der prämierte Entwurf aus Rotterdam zu denen, die die Stadt Wiesbaden weiterentwickeln will. Und der Gewerkschafter mag nicht glauben, dass Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) und Stadtentwicklungsdezernent Joachim Pös (FDP) an Plänen festhalten, die völlig ausgeschlossen sind. "Vielleicht wissen die ja mehr", fragt er sich.

Die Sorge des Gewerkschafters ist verständlich: Das Innenministerium prüft zurzeit den Personalbedarf der hessischen Bereitschaftspolizei. Laut Mohrherr fehlt es in den Revieren an Beamten. Dieses Problem löse die Landesregierung gerne durch "Verlagerungen" von Bereitschaftspolizisten.

Ministerium weiß nichts

Michael Bußer, Sprecher des Hessischen Innenministeriums, sagt zu dem Zeitschriftenbericht indes: "Es gibt dazu nichts Aktuelles." Von einer Schließung des Standorts Mudra-Kaserne habe er jedenfalls noch nichts gehört.

Er will aber nicht ausschließen, dass die Stadt Wiesbaden das Grundstück zur Verschönerung des Rheinufers irgendwann einmal beanspruchen könnte: "Dann stellt sie uns aber ein anderes zum Ausweichen zur Verfügung", beruhigt er.

Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei

Wiesbaden, den 19.12. 2007

Perspektiven für Amöneburg und Kastel-Stadtteilplanung am Rheinufer ohne Bereitschaftspolizei

In der Zeitschrift „Der Biebricher“, Ausgabe Oktober 2007, kann man interessantes hinsichtlich der geplanten und beabsichtigten Stadtteilplanung nachlesen. Auf den Seiten 22 und 23 wird dargestellt, wie das Amöneburger Rheinufer noch schöner gestaltet werden kann. Dazu sei man auf Investorensuche. Eigens für diese Ideen wurde eine Stiftung eingerichtet, mit der Zielsetzung, „die Lebensqualität der Bürger in Amöneburg zu erhöhen.“

Auch der Wiesbadener Oberbürgermeister Müller und sein Stadtentwicklungsderzernent Pös sind in die Pläne eingebunden. Eine Ausweitung des Amöneburger Rheinufers bis nach Kastel ist nicht abwegig.

Zitat: „ Auch eine Ausweitung der Planung von Amöneburg nach Kastel ist als möglich vorgesehen: Wenn die Hessische Bereitschaftspolizei in den nächsten Jahren ihren Sitz in der Mudra – Kaserne aufgibt, soll eine Verbindung durch den jetzt trennenden Bahndamm zum eventuellen Neubaugebiet Mudra – Kaserne und dem Wohngebiet Am Helling hergestellt werden“.

Der Bezirksgruppenvorstand der Hessischen Bereitschaftspolizei kommentierte heute diesen Sachverhalt:
„In Zeiten, in der die Bereitschaftspolizei einer Prüfung durch eine Projektgruppe unterzogen ist, sind diese Nachrichten für die Beschäftigten keine guten!
Wir fordern ein klares Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zur Bereitschaftspolizei und zum Standort in Mainz – Kastel.
Es kann nicht angehen, dass unsere Beschäftigten in Stadtteilzeitungen von der mittelfristigen Schließung ihrer Dienststelle lesen.
Eine Richtigstellung des Innenministers wäre das mindeste, was die Beschäftigten erwarten dürfen.“

Im Übrigen bemängelt die Gewerkschaft der Polizei den Stellenabbau bei der hessischen Polizei! Mittels einer Postkartenaktion wird den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht, wie eng das Personalkorsett bei der hessischen Polizei ist.
Mit ihren Unterschriften unterstützen die mündigen Bürgerinnen und Bürger die Ansicht der GdP, weitere Personalreduzierungen und Schließungen von Polizeieinrichtungen nicht durchzuführen.

Gewerkschaft der Polizei – V.i.S.d.P.: Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei
Rückfragen über GdP Geschäftsstelle: 0611 – 99 22 730